

Die Österreicher sind die größten Skeptiker

Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA stößt nirgendwo sonst in Europa auf mehr Ablehnung.

Skeptiker

Das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA stößt nirgendwo sonst in Europa auf mehr Ablehnung.

ALFRED PFEIFFENBERGER

SALZBURG. Samstag ist Protesttag. Hunderttausende Menschen werden weltweit gegen die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) auf die Straße gehen. Allein in Österreich sind in zwölf Städten größere Protestaktionen geplant.

Was kein Wunder ist. Denn Österreich ist jenes Land in der Europäischen Union, in dem die Bürgerinnen und Bürger das Handelsabkommen TTIP am vehementesten ablehnen. Nur 39 Prozent der Bevölkerung können sich für den Vertrag erwärmen. Zum Vergleich: Die meisten Befürworter gibt es in Litauen mit 79 Prozent. Im EU-Schnitt liegt das Ja zu TTIP bei 63 Prozent. Und es gibt wohl keinen Regierungschef eines EU-Staates, der sich derart kritisch zu dem Freihandelsabkommen äußert wie Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ).

Aber warum sind die Österreicher im Gegensatz zu den Bürgern anderer Ländern so skeptisch, wenn es um TTIP geht? Madeleine Drescher von ATTAC, die den Widerstand gegen das Freihandelsabkommen maßgeblich organisiert, sagt, dass dies zum einen auf die intensive Aufklärungsarbeit der TTIP-Gegner zurückzuführen sei. Allein ATTAC habe in den vergange-

nen Monaten mehr als 800 Veranstaltungen organisiert. Dazu komme, dass TTIP in den Medien intensiv diskutiert werde. In Österreich herrsche eine Kultur des Protests und der Skepsis, die sich über Jahrzehnte entwickelt habe. So lehnten die Österreicher in einer Volksabstimmung bereits die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf ab, während überall sonst ein Hohelied auf die Chancen der



BILD: SNAAP/FORTINGER

„Jede Menge Platz für Spekulation.“

Christoph Neumayer, IV

Atomkraft gesungen worden sei. Auch mit genmanipulierten Nahrungsmitteln hätten die Österreicher keine Freude.

Für den Geschäftsführer der Industriellenvereinigung, Christoph Neumayer, ist der Widerstand gegen TTIP ebenfalls das Ergebnis einer Skepsis, die sich in Österreich über Jahrzehnte entwickelt habe. Zwentendorf und Hainburg seien dafür die bekanntesten Beispiele, sagt er. Weiters trägt dazu bei, dass die Verhandlungen über TTIP vertraulich geführt würden und es kaum Informationen gebe. „Das lässt großen Raum für Spekulationen, der dann auch ausgenutzt

wird“, sagt der IV-Generalsekretär. Dafür sei auch die EU-Kommission verantwortlich, der bisher zu TTIP so gut wie keine Details bekannt gab.

Dazu attestiert er den Österreichern eine generelle Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit oder sogar Zukunftsangst. „All das zusammen gemischt ergibt dann die große Ablehnung des Freihandelsabkommens“, sagt Neumayer. Dabei gebe es noch gar kein Verhandlungsergebnis, über das man konkret diskutieren könnte.

Auch die Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle hält die Kampagnisierung des Themas durch manche Medien für einen wesentlichen Grund der TTIP-Skepsis. Und sie sieht einen wesentlichen Beitrag durch die Politik, die sich wie oft bei solchen Themen als Robin Hood der Bürger darstelle und ein Europa-Thema dazu nutze, um Stimmung bei der Wählerschaft zu machen.

Natürlich werde bei solchen globalen Abkommen auch das Selbstbildnis der Österreicher auf eine harte Probe gestellt. In diesem Fall der Wunsch nach einer kleinstrukturierten Landwirtschaft, die nun durch große ausländische Agrarkonzerne bedroht sei. Auch die Hoffnung, dass möglichst gesunde und biologisch produzierte Nahrungsmittel in den Regalen der Lebensmittelläden stünden.



Proteste gegen TTIP nehmen zu.

BILD: SN/WERNER BACHMEIER / VISUM / PICTUREDESK.COM

TTIP:

Vorurteile und Fakten

Mit einer Freihandelszone wollen die USA und Europa wirtschaftlich enger zusammenarbeiten. Hürden beim Handel und Zölle würden wegfallen, was günstigere Preise zur Folge haben könnte. Außerdem würden Standards und Normen angepasst. Firmen könnten so billiger produzieren.

Gerade die Angleichung von Normen fürchten viele TTIP-Gegner. Arbeitnehmerrechte, aber auch Sozial- und Umweltstandards könnten so reduziert werden. Besonders umstritten

sind die Investitionsschutzabkommen. Firmen könnten, wenn Staaten ihre Investitionen gefährden, dies vor internationalen Schiedsgerichten klagen.

Handelsabkommen müssen sowohl das EU-Parlament als auch die Staaten zustimmen – bei umfassenden Abkommen wie TTIP müssen die Staaten das sogar einstimmig tun. Sobald das Abkommen über reine Handelsfragen hinaus in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten eingreift, müssen die Verträge zudem von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden.